

DIE REVISIONISTISCHE WIRTSCHAFTSINTEGRATION UND IHR INNEWOHNENDEN WIDERSPRÜCHE

KICO KAPETANI, VENIAMIN TOCI - Publizisten, Spezialisten für Wirtschaftsfragen

TÄGLICH WIRD DIE ALLSEITIGE, ZUNEHMENDE, VORBEDACHTE, NEOKOLONIALISTISCHE UND EXPANSIONISTISCHE TÄTIGKEIT DER SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISTEN DEUTLICHER. BEI DIESEN AKTIVITÄTEN KOMMT DER WIRTSCHAFTLICHEN EXPANSION, IM RAHMEN DES RATS FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSCHILFE (RGW) BESONDERE BEDEUTUNG ZU. DIESE INNER-REVISIONISTISCHE WIRTSCHAFTSORGANISATION IST INZWISCHEN ZU EINEM VON DEN MOSKAUER REVISIONISTEN BEHERRSCHTEN UND GELENKTEN INSTRUMENT GEWORDEN, MIT DEM SIE AUF IHRE SOGENANTEN PARTNER DRUCK AUSÜBEN, UM SICH IN IHRE WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN INNEREN ANGELEGENHEITEN EINZUMISCHEN UND SIE ZU UNTERWERFEN. "IN DIESER ORGANISATION" - SAGTE GENOSSE ENVER HOXHA - "HERRSCHEN DIE SOWJETREVISIONISTEN, DIE DURCH SIE VERSUCHEN, DIE WIRTSCHAFT DER MITGLIEDSLÄNDER IN IHREM

hegemonistischen Interesse auszunützen. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist, den Aufpolierungsversuchen der modernen Revisionisten zum Trotze, lediglich ein gewöhnlicher Wirtschaftsblock kapitalistischen Typs, der auf den Prinzipien der Ausbeutung und Unterdrückung der Kleineren durch die Grösseren beruht. Infolgedessen wird er immer mehr durch heftige antagonistische Widersprüche erschüttert. Im Rahmen des RGW verkündeten die modernen Revisionisten mit demagogischen Losungen, wie "Interessengemeinschaft", "sozialistische Gemeinschaft", "Einheit" und "gemeinsame Ziele", ein langjähriges Programm für ihre wirtschaftliche Integration. Sie bezeichneten dies als "wichtige Etappe" im Leben und in den Beziehungen der Mitgliedsländer des RGW, als eine "neue Phase" der "Zusammenarbeit" zwischen ihnen. Diesem auf der 24. Tagung des RGW gebilligten Programm liegt die Breschnewsche Theorie von der "begrenzten Souveränität" zugrunde. Dem oben erwähnten Programm entsprechend, wurden 44 multilaterale Abkommen auf dem Gebiet der Kapitalinvestitionen und der technisch-wissenschaftlichen "Zusammenarbeit" für eine 15-20 jährige Zeitspanne sowie mehrere bilaterale Abkommen abgeschlossen. Das Programm ist voll und ganz von dem Ziel der Sowjetrevisionisten durchdrungen, die Wirtschaft der anderen Länder zu einem Anhängsel des sowjetischen Metropollandes, zu einem ergänzenden Teil des sowjetischen Marktes zu machen und sie in die sowjetische Wirtschaft zu integrieren. Auf diese Weise schreitet man allmählich zur Abschaffung der nationalen Wirtschaftsgrenzen und dann auch politischen Grenzen, in Übereinstimmung mit den hegemonistischen Interessen des sowjetischen Sozialimperialismus.

Gemäss der abgeschlossenen Abkommen, wurde auch die Errichtung einiger grosser Industrieanlagen beschlossen und aufgenommen. Die meisten davon entstehen auf sowjetischem Gebiet, wobei sie gemeinsam von allen Mitgliedsstaaten des RGW finanziert werden. Solche Projekte sind unter anderem das grosse Asbestveredelungskombinat, mit einer Kapazität von 500.000 Jahrestonnen in Kiembajew, im südlichen Ural, das Zellstoffkombinat in Ust Ilimsk in Sibirien, das Hüttenkombinat bei Kursk, mit einer Kapazität von 10-12 Millionen Jahrestonnen Stahl, das Phosphoranganreicherungs- und das Kupferanreicherungs- und ein Elektrizitätskomplex in der Ukraine u.a.m.

Mit dem Bau dieser kolossalen Objekte, bei denen die "Kooperation" mit den RGW-Ländern ausgenützt wird, schafft sich die Sowjetunion durch die Plünderung der Akkumulation- und der Kapitalien dieser Länder zusätzliche Möglichkeiten für ihre weitere Industrialisierung und eignet sich die Naturschätze der anderen Länder an. Infolgedessen wurden die Möglichkeiten dieser Länder eingeschränkt, ihre Akkumulation selbständig für die Entwicklung der eigenen Produktivkräfte, im Einklang mit ihren nationalen Interessen einzusetzen.

Die Ausbeutung der Mitgliedsländer des RGW durch den sowjetischen Sozialimperialismus besteht nicht nur in der Aufsaugung ihrer Akkumulation, sondern auch in der direkten Ausbeutung der Arbeitskräfte in diesen Ländern. Für das Zellstoffkombinat und das Hüttenkombinat, die in der Sowjetunion aufgebaut werden, wird man beispielsweise eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern aus den RGW-Staaten einstellen, die am Bau dieser Objekte auf irgendeine Weise beteiligt sind. Aus bekanntgewordenen Angaben geht hervor, dass zehntausende von Arbeitern aus Bulgarien, Polen usw. ihre Heimat verlassen mussten, um in Sibirien für die Kreml-Bosse zu arbeiten. Etwa 20.000 Bulgaren arbeiten am Bau der Papier- und Zellstoff-Fabrik bei Archangelsk, am Bau des Hüttenkombinats in Kursk oder beim Holzfällen

in den Wäldern von Komi. Dadurch, dass Arbeitskräfte aus anderen Ländern herangezogen werden, rauben die Sowjetrevisionisten diesen Ländern einen aktiven Teil ihrer Produktivkraft, was das Reproduktionstempo dieser Länder verlangsamt bzw. diesem einen einseitigen und vom sowjetischen Metropolland abhängigen Charakter verleiht. Es ist natürlich, dass für diese Art von Auswanderung jüngere Arbeitskräfte vorgesehen sind, wodurch auch die Reproduktion der Bevölkerung dieser Länder unmittelbar geschädigt wird. Durch diese Praxis eignen sich die Moskauer Revisionisten den Mehrwert an, den die aus den RGW-Ländern ausgewanderten Arbeiter geschaffen haben. Gleichzeitig wollen sie damit die Schwierigkeiten lösen, die sie im Zusammenhang mit Aneignung der Naturschätze in den entlegenen Gebieten der Sowjetunion haben.

Eine typische Erscheinung der neokolonialistischen Ausbeutung der Mitgliedsstaaten des RGW durch die Sowjetrevisionisten ist auch die Form, in der sie die Kredite tilgen, die sie für den Aufbau von "gemeinsamen" Industrieobjekten auf sowjetischem Gebiet erhalten haben. Auf Grund von Abkommen, die zum revisionistischen Integrationsprogramm gehören, sollen die Kredite durch die Erzeugnisse dieser Objekte getilgt werden, nachdem ihre vollständige Produktivkapazität eine bestimmte Zeitlang von ihnen allein ausgenutzt worden ist. Die tschechoslowakischen Kredite für das Asbestveredelungskombinat werden den Sowjetrevisionisten innerhalb von 4 Jahren (1974-1978) gewährt, die Tilgung, die dreimal so lang sein wird, beginnt jedoch erst 1980 und wird dann durch Asbestlieferungen erfolgen. Ähnlich verhält es sich auch bei "gegenseitigen" Verpflichtungen mit anderen Ländern, wie mit der DDR, Polen, Ungarn, Bulgarien etc. Die revisionistischen Führer von Moskau halten ihre Satelliten dadurch an der Kandare, dass sie ihnen die Hauptrichtung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung diktieren, ihnen vorschreiben, was und wieviel sie produzieren dürfen usw. Damit legen die Moskauer Revisionisten den RGW-Ländern den Strick um den Hals, untergraben ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit und nützen sie für ihre hegemonistischen und expansionistischen Ziele aus. Aus diesen Ländern sollen Gouvernements ihres sozialimperialistischen Imperiums werden bzw. besondere Wirtschaftsregionen. Dabei verwenden sie Diktat und Demagogie, indem sie ständig Losungen im Mund führen, wie „internationale Arbeitsteilung“, "Spezialisierung", "Kooperation" und "Konzentration der Produktion", "Nutzeffekt" und "Produktivität im internationalen Massstab" usw. Mit dem Integrationsprogramm und den Projekten, die in diesem Rahmen auf sowjetischem Gebiet ausgeführt werden, bemühen sich die Kremlzaren den anderen RGW-Ländern solche Absurditäten vorzugaukeln, wie diese, dass das Industriepotential der Sowjetunion angeblich auch ihre Industrialisierung und Wirtschaftsentwicklung garantiere und ähnliches.

Die Moskauer Revisionistenführer und ihre Ideologen propagieren lauthals die These, dass die Wirtschaftsintegration im Rahmen des RGW den Mitgliedsländern dieses Blocks die Möglichkeit geben werde, in nächster Zukunft ein gleiches Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen. Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus. Sie zeigt, dass der Unterschied zwischen dem Entwicklungsniveau dieser Staaten und dem der Sowjetunion ständig zunimmt. Dies ist aus folgenden Angaben ersichtlich. Im Jahr 1960 betrug der Anteil der Sowjetunion an der Industrieproduktion der RGW-Länder 69,5 Prozent, 1970 stieg dieser Anteil auf 76 Prozent. Der Anteil der DDR ist dagegen von 8,7 Prozent im Jahr 1960 auf 3,4 Prozent im Jahr 1970 gesunken, der der Tschechoslowakei von 7,5 Prozent auf 4,2 Prozent, von Ländern wie die Mongolei und Bulgarien gar nicht zu reden, deren industrielles Entwicklungsniveau viel niedriger ist, als das der oben angeführten Länder. Die wirtschaftliche Differenzierung zwischen diesen Ländern nimmt ständig zu. Diese Tendenz zeigt sich auch bei den Angaben über die Grundfonds. In den Jahren 1950-1970 erhöhte die Sowjetunion ihren Anteil am Grundfonds um 2,7- 3 mal mehr als Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und die DDR in derselben Vergleichsperiode.

Die revisionistischen Kremlherren den bei den Beziehungen zu ihren "Verbündeten immer wieder diktatorische Methoden an. Sie schrecken vor keinem Mittel zurück und gehen sogar soweit, direkte politische, ökonomische und militärische Drohungen auszustossen, wenn es ihnen darum ging, die anderen zu "überzeugen" und zu unterwerfen. Sie haben sozusagen gleichzeitig Nuss und Nussknacker in der Hand. Sie schaffen eine Wirtschaftsintegration, deren Fäden in Moskau gesponnen werden. Die RGW-Länder hängen, was Roh- und Grundstoffe, Treibstoff, Maschinen und Ausrüstungen usw. betrifft, voll und ganz vom sowjetischen Metropolland ab. So sind 90 Prozent der von der Tschechoslowakei eingeführten Menge Erdöl, Eisenerz und Buntmetalle sowjetischer Herkunft, bei Brotgetreide - 80 Prozent Baumwolle - über 60 Prozent, Schwefel und verschiedenen Phosphorigen - über 50 Prozent. Man kann daraus leicht die wirtschaftlichen, aber auch die politischen Folgen erschliessen, die bei einer solchen Abhängigkeit entstehen. Nach veröffentlichten Angaben, werden die Länder Osteuropas von 1980 an Kapitalinvestitionen zur Ausbeutung der Erdölfelder Sibiriens liefern. Dies bedeutet aber, dass diese Länder die Mittel für ihre inländischen Investitionen verringern und den sowjetischen revisionistischen Imperialisten zur Verfügung stellen müssen, da sie sonst ihren Erdöldurst" nicht stillen können. Gegenwärtig erhält diese Frage besondere Bedeutung, da sich die Energiekrise auf internationaler Ebene verschärft hat. Die sowjetrevisionistischen Imperialisten werden nie offen zugeben, dass ihr „Integrationsprogramm“ Investitionen und Kredite nur zugunsten der Sowjetunion vorsieht. Sie liessen daher die Durchführung gemeinsamer Projekte auch in anderen Mitgliedsstaaten des RGW zu. Das Gewicht der entsprechenden Investitionen im Rahmen des Integrationsprogramms ist jedoch gänzlich unbedeutend. Diese Investitionen sollen schliesslich, in erster Linie die Bedürfnisse der sowjetischen Wirtschaft befriedigen und die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der RGW-Länder von Moskau steigern. Dafür sei nur ein Beispiel angeführt: Die RGW-Investitionsbank hat in den letzten zwei Jahren etwa 900 Millionen konvertierbare Rubel als Kredit für den Bau von 26 Objekten in 6 Mitgliedsstaaten gewährt. Zwei Drittel davon nahm die Sowjetunion auf, Polen nur 3,3 Prozent. Ausserdem sind viele der in Osteuropa entstehenden Werke Filialen der sowjetischen Trusts. Die Automobilwerke

Bulgariens und Ungarns hängen bei den Wichtigsten Einzelteilen von der Produktion sowjetischer Werke ab. Die metallverarbeitende Industrie der Tschechoslowakei und Polens hängt vom sowjetischen Stahl ab. Die petrochemische Industrie und überhaupt die Industrie und das Verkehrswesen der RGW-Länder hängen vom sowjetischen Erdöl und sowjetischen Erdgas ab. Die Moskauer Revisionistenführer haben die Hand am Hahn der Erdöl- und Erdgasleitungen und können diese je nach den Interessen ihres politischen und wirtschaftlichen Geschäfts auf bzw. zudrehen. Die Ereignisse bestätigen dies. Hierbei sind die direkten militärischen Aggressionen gegen andere Länder nicht berücksichtigt.

Die produktiven Komplexe und Kapazitäten, die im Rahmen der revisionistischen Integration aufgebaut werden, sind in erster Linie für die Erfüllung sowjetischer Aufträge bestimmt. So sind vier Fünftel der Schiffe und der entsprechenden Ausrüstungen, zwei Drittel der Eisenbahnwaggons, die Hälfte der Transportausrüstungen, drei Viertel der Ausrüstungen für die chemische Industrie und viele andere Produkte und Konsumwaren, die in den verschiedenen RGW-Ländern hergestellt werden für den sowjetischen Markt bestimmt.

Ein weiteres Instrument der neokolonialistischen Ausbeutung durch die Sowjetrevisionisten ist die Schaffung von zwischenstaatlichen Organisationen und Betrieben, wie "Agromasch", "Intermetal", "Interatominstrument", "Interkimik" und andere. Diese Organisationen wirken auf sowjetischem Gebiet, sie werden genau wie die verschiedenen RGW-Gremien von sowjetischen Fachkräften geleitet und haben Filialen in den anderen RGW-Ländern. Sie sind daher eine gute Einnahmequelle für das sowjetische Monopolkapital.

Die revisionistische Integration innerhalb der Grenzen des RGW schafft verschiedene weitere Vorteile für die sowjetischen Sozialimperialisten. Die langfristigen Kredite, die Moskau von den Satellitenländern in Form von Kapitalinvestitionen annimmt, gestatten es Moskau einen "Kapitalüberschuss" zu schaffen, den sie für die Interessen ihrer kapitalistischen Geschäfte in anderen Ländern, wie in Indien, im Nahen Osten, in einigen Ländern Lateinamerikas und Afrikas einsetzen können. Hier haben wir es mit Methoden und Praktiken zu tun, derer sich auch die kapitalistischen Länder bei der Verwendung ihrer Kapitalüberschüsse bedienen; sie investieren es als Anleihe oder als Funktionskapital in anderen Ländern.

Mit einer derartigen Praxis dehnen sie, unter der Maske des "Wohltäters" bzw. des "Verbündeten" ihre Expansion auf verschiedene Länder der Welt aus. Mit ihren sogenannten Hilfen, drängen die Sowjetrevisionisten in vielen unterentwickelt gehaltenen Ländern ein und besetzten dort Schlüsselstellungen. Auf diese Weise versuchen sie diese Länder zu Bezugsquellen von billigem Rohstoff und pflanzlichen und tierischen Landwirtschaftsprodukten sowie zu Absatzmärkten für die Ausfuhr von Kapitalien und ihrer sonst unverkäuflichen Bestände an verschiedenen Waren und Waffen zu machen. So kontrollieren die Sowjetrevisionisten nach Angaben ihrer eigenen Presse, allein in Indien über dreiviertel der Maschinenbauindustrie, über ein Drittel der Erdölraffinerien, über ein Drittel der Eisen- und Stahlindustrie, etwa zwei Drittel der elektrotechnischen Industrie, ein Fünftel der Stromerzeugung. In Indien werden gegenwärtig mehrere Objekte gebaut, für die von den Moskauer Revisionisten Kredite gewährt werden. Nach der Inbetriebnahme dieser Werke wird sich die sowjetische Expansion in Indien noch mehr verstärken. Durch die sogenannte Hilfe für die unentwickelt gehaltenen Länder raubt die Sowjetunion von diesen Ländern immer grössere Mengen an Rohstoffen. Wie der Vorsitzende des sowjetischen Ausschusses für wirtschaftliche Auslandsbeziehungen S. Skatschow in einem "Prawda"-Artikel erklärte, beschafft sich die Sowjetunion auf diesem Wege sehr wichtige Erzeugnisse, so Konzentrate von NE-Metallen, Erdöl, Erdgas, langfaserige Baumwolle, Naturkautschuk, Pflanzenöle, Baumwolltextilien, Reis, usw. Statistischen Angaben zufolge, raubte die Sowjetunion in den Jahren 1960-1971 den unentwickelt gehaltenen Ländern Kautschuk in einem Wert von 1,7 Milliarden Dollar und Baumwolle um 1,6 Milliarden Dollar zu sehr niederen Preisen. Von 1973 an müssen die Nahost-Länder die Schulden, die sie von der Sowjetunion in Form von Krediten und Warenlieferungen erhalten haben, durch Erdöllieferungen tilgen, um einen Preis, der um 20 Prozent unter dem entsprechenden Preis des Weltmarktes liegt. Iranische Zeitungen verweisen darauf, dass der Preis, den die Sowjetunion dem Iran für Naturgas bezahlt nur ein Viertel des Preises beträgt, um den die Sowjetunion sein Erdgas an die europäischen Länder verkauft.

Mit solchen Methoden wetteifern die Sowjetrevisionistischen Imperialisten mit den amerikanischen Imperialisten um die "freien" Märkte für Kapitalinvestitionen, den Warenabsatz und die Plünderung von billigen Rohstoffen. Im Rahmen dieses Wettbewerbs teilen die Supermächte die Wirtschaftsbereiche der Welt immer wieder neu unter sich auf. Die Massnahmen auf dem Gebiet der Währungen, vor allem ihre Versuche, den Rubel als gemeinsame konvertierbare Währung durchzusetzen, spielen bei den Anstrengungen der Sowjetrevisionistischen Imperialisten zur Wirtschaftsintegration der RGW-Länder eine wichtige Rolle. Das Ziel besteht darin ein Währungs- und Zahlungssystem zu schaffen, in dem die nationalen Währungen der einzelnen Länder, die verschiedene, historisch geschaffene Wertgrößen und bestimmte Verbindungen im nationalen und internationalen Rahmen darstellen, vom "konvertierbaren Rubel" abhängen. Dies stellt gleichzeitig ein weiteres Geschäft zur wirtschaftlichen Ausbeutung der anderen Länder durch den Währungsmechanismus dar und wird eine Art Tribut sein, den diese Länder der imperialistischen sowjetischen Bourgeoisie zahlen müssen. Um diese Ziele zu erreichen wurden im Rahmen des RGW die Investitionsbank und die Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen. Das Finanzkapital dieser Bankinstitutionen wird von den Sowjetrevisionisten kontrolliert und manipuliert. Es wurde auf Grund monopolistischer Kriterien gebildet und die Gewinne werden ebenfalls nach solchen Kriterien verteilt, nach dem Prozentsatz der unterzeichneten Aktien. In der Investitionsbank bildet sowjetisches Finanzkapital 40 Prozent des gesamten Gründungsfonds, ungarisches Kapital nur 8,3 Prozent, polnisches 12,1 Prozent, tschechoslowakisches 12,9 Prozent

usw. Die Mongolei hat dort gar einen symbolischen Anteil von nur 0,4 Prozent. Es leuchtet sofort ein, dass den Löwenanteil der Gewinne, die aus den Operationen dieser Bank entstehen, die sowjetischen Sozialimperialisten einstreichen und dass ihre Kredit- und Finanzpolitik nur zum Vorteil der sowjetischen Sozialimperialisten ausgedacht ist.

Der revisionistische Integrationsprozess verläuft nicht völlig ruhig, wenn auch die Urheber dieses Programms ihn als "Erfolg" der "echten" internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit preisen. Er verläuft im Gegenteil in tiefen und heftigen antagonistischen, teils verschleierte, teils offenen Widersprüchen. Er ist darüber hinaus ein willkürlicher Vorgang, der mit Gewalt und mit Demagogie, gegen den Willen, die Wünsche und die Lebensinteressen der Mitgliedsländer dieses Blocks angewandt wird. Die Ziele und die Anstrengungen des sowjetrevisionistischen Imperialismus, die Hegemonie über seine Satelliten aufrechtzuerhalten und andere Länder auszubeuten, erwecken Unzufriedenheit und Ablehnung bei den verschiedenen Ländern. Die politischen und militärischen Widersprüche im revisionistischen Clan sind allgemein bekannt. Auch die wirtschaftlichen Widersprüche haben sich verschärft. Sie führen immer wieder zum offenen Ausdruck der Unzufriedenheit und zu offenen Gegenhandlungen, im Zusammenhang mit den Zielen und dem Programm der revisionistischen Integration. Nicht zufällig wurden in allen RGW-Tagungen das Programm sowie die verschiedenen Massnahmen der revisionistischen Wirtschaftsintegration diskutiert, die in diesem sogenannten komplexen Programm vorgesehen sind. Auf der 27. RGW-Tagung gab Kossygin selbst zu, dass die auf der vorhergehenden Tagung bestimmten Aufgaben der wirtschaftlichen Integration nicht durchgeführt wurden. Er forderte die einzelnen Länder auf, mehr Vertrauen in das komplexe Integrationsprogramm zu zeigen, weiter schlug er vor, das Niveau und die Zuständigkeiten der RGW-Gremien hinsichtlich der Durchführung dieser Aufgaben zu steigern. Gleichzeitig drohte er der Hörschaft, dass die Vertiefung der Integration verhindert bzw. verzögert würde, sollten die Staaten ihre Pläne nicht koordinieren oder sollte ein Staat sich weigern, mit den anderen Staaten zusammenzuarbeiten. Diktatorisch verlangte Kossygin, dass auf der nächsten RGW-Tagung eingehend die Aufgaben im Rahmen des komplexen Integrationsprogramms diskutiert werden müssten und dass jeder für seine Aufgaben zur Verantwortung gezogen werden müsse. In seiner Willkür versteigerte sich dieser Vertreter der sowjetischen imperialistischen Bourgeoisie zu dem Punkt, die Erörterung des Integrationsproblems auf den nächsten Parteitag der Revisionistenparteien zu forden. Aus diesem Zusammenhang, aus den bestimmt nicht zufälligen Erklärungen des sowjetischen Ministerpräsidenten geht klar hervor, dass es mit dem Programm und den Massnahmen der Integration, trotz dem Druck, der auf die Mitgliedstaaten ausgeübt wird, nicht so steht, wie die Kremlherren wünschen. Dabei kommt auch die Nervosität zum Ausdruck, die die sowjetischen revisionistischen Kreise in der gegebenen Situation ergriffen hat. Sie treten für die Beschleunigung des Kurses der wirtschaftlichen Integration, im Einklang mit ihren Nah- und Fernzielen ein. Den offenen bzw. versteckten Widerstand, auf den die Durchführung des komplexen Integrationsprogramms stösst, bringen auch die Geständnisse der tschechoslowakischen Kollaborationisten ans Tageslicht. Diese erklärten vor kurzem durch ihre Zeitung "Tribuna": "Wir wenden uns gegen nationalistische Tendenzen, die in der Verabsolutierung der Prinzipien der Unabhängigkeit zum Ausdruck kommen." Auch die Klagen der sowjetrevisionistischen Presse sind kein Zufall. Die sowjetische Zeitschrift "Mirowaja Ekonomika i Meschdunarodnaja Otnaschenija" (Weltwirtschaft und internationale Beziehungen) schrieb neulich: "Einige RGW-Mitgliedsländer sind nicht allzu sehr geneigt, auf ihre Industrieproduktion zu verzichten. Sie geben dafür verschiedene Gründe an, dabei vor allem den Wunsch, die Industrialisierung ihres Landes vorzunehmen und die Industriestruktur zu modernisieren."

Die Forderungen verschiedener RGW-Länder nach mehr industrieller Gleichheit, nach nationaler Unabhängigkeit und nach bilateraler und nicht multilateraler Zusammenarbeit spiegeln die Widersprüche wider, die zwischen diesen Ländern bestehen und die besonders bei ihren Beziehungen zu den sowjetischen Sozialimperialisten zum Ausdruck kommen. Auf den RGW-Tagungen und den Beratungen der RGW-Gremien verlangten die Delegationen Bulgariens, Ungarns und Polens, dass die Integration auf dem Gebiet der Produktion von Maschinen und Ausrüstungen nicht einseitig sein dürfe, sondern auch andere Länder umfassen müsse. Ein wachsender Widerspruch entwickelt sich zwischen den industriell entwickelten Mitgliedsländern, die Maschinen und Ausrüstungen ausführen wollen, und den weniger entwickelten, die nicht nur Rohstoffe und Agrarerzeugnisse, sondern ebenfalls Maschinen und Ausrüstungen ausführen möchten. Die Massnahmen der revisionistischen Integration zwingen die weniger entwickelten Länder jedoch in einer alten, übernommenen Wirtschaftsstruktur "zu verharren". Entwickelte Industrieländer, wie zum Beispiel die Tschechoslowakei, wollen ihre Industrialisierung verstärken, sie suchen daher sich vor einem eventuellen Beitrag zur Industrialisierung der weniger entwickelten Länder zu drücken. Widersprüche und Unruhe ergeben sich tagtäglich auch im Zusammenhang mit der Beschaffung von Roh- und Treibstoff in genügender Menge und gewünschter Qualität. Die Wirtschaft der RGW-Länder hängt von sowjetischen Roh- und Brennstoffen ab. Heute bestehen jedoch ziemlich viele Schwierigkeiten bei der Roh- und Brennstoffbeschaffung. Mit der verstärkten revisionistisch-imperialistischen Zusammenarbeit, steigert die Sowjetunion ständig die Lieferungen auf die kapitalistischen Märkte. Sie liefert den kapitalistischen Ländern immer grössere Mengen Rohstoffe, Erdgas, Erdöl und Erze, wodurch sie sich dem arabischen Erdölboycott entgegenstellt und zugleich die Belieferung ihrer Satelliten mit diesen Waren einschränkt. Die Sowjetunion liefert den westlichen Ländern über 45 Millionen Tonnen Erdöl und dessen Produkte, also etwa 50 Prozent seines Exports an diesen Erzeugnissen. Diese Zustände beunruhigen bereits die Tschechoslowakei, Polen und andere RGW-Staaten, die sich gezwungen sehen, sich an andere Länder zu wenden, um ihre Bedürfnis an Erdöl und Rohstoffen zu befriedigen. Im Jahr 1973 importierte die Tschechoslowakei 3 Millionen Tonnen Erdöl aus den arabischen (Ländern, um die sowjetischen Lieferungsbeschränkungen wettzumachen. Die zentrifugalen Handlungen

sind ein weiterer Ausdruck der tiefgreifenden Widersprüche, die den RGW-Wirtschaftsblock zernagen. Die revisionistischen Länder beeilen sich, separat, ein jeder für sich, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den westlichen Ländern auszubauen, sie stellten Kreditbeziehungen her, beschlossen den Austausch von Patenten und technischen Unterlagen, wissenschaftlich-technischen Informationen sowie allerlei Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, der Politik usw. Die Importe Polens aus dem Westen sind gegenüber 1971 um 45 Prozent gewachsen, während diese für die RGW-Länder nur um 11 Prozent zunahm. Der Handelsaustausch zwischen der DDR und Westdeutschland stieg auf das Dreifache an, die ungarischen Importe aus Westdeutschland stiegen auf 800 Millionen Mark. Wie Genosse Enver Hoxha gesagt hat, wird "die antimarxistische Kooperation im Rahmen des RGW von einer doppelten kapitalistischen Versklavung begleitet, da alle Mitgliedsstaaten des revisionistischen RGW, mit der Sowjetunion voran, einzeln, durch Kredite und Kooperation, unter das Joch und in die Klauen auch des Monopolkapitals der USA und anderer kapitalistischer Länder gerieten." Freilich sehen es die Moskauer Revisionisten nicht gerne, dass ihre "Verbündeten" gesondert, ohne ihren Segen vorgehen. Sie verlangen, dass alles unter ihrer Kontrolle geschieht, dass nichts ausserhalb der Grenzen getan wird, die sie von ihren hegemonistischen Positionen und in Übereinstimmung mit ihren neokolonialistischen Interessen festlegen. Während sie sich also auf der einen Seite bemühen, die innerrevisionistische Wirtschaftsintegration zu vertiefen, propagieren sie gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit zwischen dem RGW und kapitalistischen Wirtschaftsgruppen. Dafür wurden von ihrer Seite auch bereits konkrete Schritte unternommen. Dies muss zur wirtschaftlichen und politischen Konvergenz mit dem kapitalistischen System führen. In diesem Rahmen müssen auch die konkreten Schritte bewertet werden, durch welche anderen Ländern die Türen der RGW-Länder aufgestossen werden, ganz unabhängig von deren sozialem, wirtschaftlichem und politischem System. Ein scharfer Widerspruch entsteht zwischen den einzelnen RGW-Ländern auch im Zusammenhang mit dem ungleichen Austausch, der eine Folge der Preispolitik im Interesse des Sowjetischen Metropollandes ist. Diese Länder drücken ständig ihre Unzufriedenheit über die hohen internationalen Preise aus, die die Moskauer Revisionisten bei den Handelsbeziehungen und den anderen Wirtschaftsbeziehungen mit ihnen anwenden. Ein ungarisches Wirtschaftsmagazin kritisierte das Preissystem im RGW. Die im Aussenhandel angewandten Preise stehen mit den Preisen des Binnenmarktes nicht im organischen Zusammenhang. Sie sind in einigen Fällen höher als die entsprechenden Preise auf dem kapitalistischen Markt und dabei sehr unterschiedlich im jeweiligen Handelsaustausch unter den RGW-Staaten. Bekanntlich sind die bulgarischen Revisionisten mit den hohen Preisen, die sie für Rohstoffe, Brennstoffe und Maschinen an die RGW-Länder bezahlen müssen, und den niedrigen Preisen, die sie für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse von diesen Ländern erhalten, äusserst unzufrieden. Diese Preise sind seit 1958 unverändert geblieben. Agrarerzeugnisse und Nahrungsmittel bilden einen beträchtlichen Teil der Exporte Bulgariens. In den Jahren 1945-1971 belief sich der Wert der bulgarischen Exporte in die Sowjetunion auf 11,5 Milliarden Lewa (Devisen). Davon waren 1,4 Milliarden Agrarprodukte und 4 Milliarden Nahrungsmittel. Das sind 47 Prozent der bulgarischen Exporte in die Sowjetunion. In den vergangenen Jahren nahm der Anteil obiger Güter am bulgarischen Export noch mehr zu, während ihr Preis unterhalb des entsprechenden Preises im Welthandel liegt. Wie Iwan Iwanow, der bulgarische Vizeausserhandelsminister in der Zeitschrift "Commerce Extérieur" Nr. 7-1973 schrieb, müssten die Preise im Aussenhandel, die ja vor vielen Jahren bestimmt worden sind, überprüft werden, um gegenseitige Vorteile zu gewährleisten. Nach ihm sei für die Entwicklung der für den Export bestimmten Agrarproduktion ein 6-9 mal grösseres Kapital notwendig, als für die Entwicklung der für den Export bestimmten Maschinen. Der Gewinn sei aber bei dem Export von Maschinen verhältnismässig gross. Das ungerechte und inäquivalente Verhältnis, das bei den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den RGW-Ländern besteht, wird auch von anderen Mitgliedsländern bemängelt. Der ungleiche Austausch ist eine Folge der durch die Sowjetrevisionisten aufgezwungenen Monopolpreise und stellt für sie eine Quelle zusätzlicher kapitalistischer Gewinne dar. Die Tatsachen zeigen in überzeugender Weise, dass der RGW in eine zwischenstaatliche Wirtschaftsorganisation kapitalistischen Typs entartet ist und von den Moskauer Revisionisten beherrscht wird. Er schreitet auf diesem Weg unaufhaltsam voran. Dies ist die logische Folge davon, dass er den Weg der sozialistischen Revolution verliess und die Lehren des Marxismus-Leninismus nicht einhält, so dass er inzwischen einen kapitalistischen Weg verfolgt und allen negativen politischen, wirtschaftlichen und sozialen daraus entstehenden Folgen entgegengeht.

Die Partei der Arbeit Albaniens hat der konterrevolutionären und neokolonialistischen Charakter der revisionistischen Integration im Rahmen des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, sowie die Beziehungen innerhalb dieser Organisation, die nur dem grossrussischen Hegemonismus dienen, seit langem entlarvt. Wirklich brüderliche und internationalistische Beziehungen sind solche, die zwischen Ländern bestehen, in denen die Diktatur des Proletariats herrscht und die auf dem Weg der Revolution und des sozialistischen Aufbaus schreiten, wie die VR Albanien und die VR China. Gestützt auf die eigene Kräfte und auf die internationalistische Hilfe der VR China, entwickelt Albanien seine Wirtschaft ununterbrochen, in immer höherem Tempo.